

Spangenberg Zeitung.

Ämtlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal,
am Montag und Sonnabend nachmittag.
Der Preis beträgt vierteljährlich frei ins Haus
1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht
1,30 Mk., monatlich 40 Pf.

Allgemeiner
für Stadt

Telefon Nr. 27.
Schriftleitung, Druck u. Verlag



Anzeiger
und Land.

Telefon Nr. 27.
Hugo Munzer, Spangenberg.

Ämtsblatt
für das
R. Ämtergericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:
Die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.,
für auswärts 20 Pf., Reklamazeile 30 Pf.,
Bei gesch. Aufträgen entsprechender Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 60.

Donnerstag, den 29. Juli 1920.

13. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Zuckerverteilung.

Auf die Monatsabschnitte August kommen schon jetzt
Zucker zur Verteilung und zwar: 1. auf die beiden
ersten Abschnitte der Zuckerkarte zusammen 1 1/4 Pfd. und
auf den 3. Abschnitt nicht verabfolgt werden.
Anderer Zucker kann auf den 3. Abschnitt 1 Päckchen Süß-
waren (Bäckung) verabfolgt werden.
Mellungen, den 21. Juli 1920.
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Höchstpreis für Frühkartoffeln.

Auf Anordnung der Reichsartoffelstelle wird der
Höchstpreis für die Provinz Hessen-Nassau hierdurch
festgesetzt: Wirkung vom 21. Juli d. Js. auf 32 Mk. je Zentner
Cassell, den 17. Juli 1920.
Provinzialartoffelstelle.

Ausgabe der Feisenkarten

Montag, den 2. August, vormittags im Ratshaus.
Spangenberg, den 26. Juli 1920.
Der Magistrat,
Schier.

Fleischhöchstpreise.

Infolge Verteuerung der generabl. Metzger mit billige-
ren Schlachtwiege werden vom heutigen Tage ab folgende
Höchstpreise bei Abgabe von Fleisch an die Versorgungs-
behörden festgesetzt:
a) für Rindfleisch 6 Mk. je Pfd.
b) „ Kalbfleisch 5 Mk. je Pfd.
c) „ Hammelfleisch 6 Mk. je Pfd.
d) „ Schweinefleisch 7 Mk. je Pfd.
Mellungen, den 13. Juli 1920.
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Vorsicht vor Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche hat in letzter Zeit eine
außerordentliche Ausbreitung genommen. Die Krankheit
ist sehr ansteckend, befällt im Gegenfatz zu früheren Seuchen-
gängen vornehmlich auch Ziegen und führt leider in sehr
vielen Fällen zum Tode oder zur Schlachtung der erkrankten
Tiere. In einzelnen Ortschaften hat sie unter den Ziegen
durchaus aufgeräumt, außerdem sind viele Kälber, Lämmer,
Ferkel und eine Anzahl Großvieh schon daran zu Grunde
gegangen.

Die Erkrankungen der Ziegen bilden in diesem
Seuchengange die größte Gefahr der Ausbreitung der
Seuche.

Alle Besitzer von Rindvieh, Schafen, Ziegen und
Schweinen müssen mit größter Sorgfalt die Ansteckung
ihrer Tiere durch Maul- und Klauenseuche zu verhüten
suchen, indem jeder Verkehr zwischen ihren und fremden
Tieren sowohl unmittelbar als auch mittelbar vermieden
wird und der Personenverkehr in gleicher Weise zur Ein-
schränkung kommt. Diese Vorsicht ist ganz besonders
den Ziegenbesitzern anzuraten und vor allem anzuwenden,
wenn die Maul und Klauenseuche in der Nachbarschaft
herrscht. Der Selbstschutz hat auch gemächlich gegenüber
den bekannten Seuchenherden Erfolg, nicht aber gegenüber
den unbekannt verheimlichtesten versteckten Beständen.
Begierde begünstigen die Seuchenausbreitung sehr. Es liegt
daher im Interesse eines jeden Klauenviehbesitzers, sie
schleunigst zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.
Mellungen, den 21. Juli 1920.
Der Landrat.

Vertrieb von Geweben für Kartuschbeutel als „Kunstseide“.

Mehrere Unfälle lassen darauf schließen, daß die
während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschbeuteln im
Auftrage der Heeresverwaltung hergestellten Gewebe später
in den Handel gekommen sind und u. a. unter der Be-
zeichnung „Kunstseide“ vertrieben werden. Diese Stoffe
verbreiten entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck
bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmmung
überaus heftig, unter Umständen explosionsartig.
Vor dem Anlauf und der Verwendung dieser fälsch-
lich als Kunstseide bezeichneten Kartuschbeutelstoffe wird
gewarnt. In Zweifelsfällen ist ein etwa fingerlanges und
zwei fingerbreites Stückchen des Stoffes anzugähnen;

Pulvergewebe brennen dann fast augenblicklich ab. Wegen
dieses schnellen Ab Brennens ist der Versuch abseits von
andern leicht verbrennbaren Gegenständen, insbesondere von
dem auf Lager befindlichen Stück des Gewebes und so
anzustellen, daß das zu verbrennende Gewebestückchen nicht
zwischen den Fingern gehalten wird.
Mellungen, den 19. Juli 1920.
Der Landrat.

Aus der Heimat.

**Spangenberg, den 28. Juli. Der 75. Ge-
burtstag.** Gestern feierte der Weichenkeller a. D. Herr
Friedrich Quer in vollster Frische seinen 75. Geburtstag.
Der alte Herr ist Veteran aus dem Kriege 1870/71. Er
diente beim 1. Hannoverischen Infanterie-Regiment Nr. 13
und machte den Todesritt bei Mars-la-Tour am 16. Aug.
1870 mit, bei dem auch der Regimentskommandeur Oberst
Friedrich von Schack den Heldentod fand. Der alte
Veteran weiß noch heute von jenem heißen Tage und
von weiteren 15 Schlachten die er mitmachte, recht fesselnd
zu erzählen.

Die Roggenerte ist auch in unserer Gegend in
vollstem Gange. Der Ertrag sowohl an Körnern als
auch an Stroh ist ein guter.

Die Kosten des Ernährungsbedarfs. In
den letzten Mitteilungen des Statistischen Amtes in Berlin
kommt Direktor Professor Dr. Silbergleit für die Kosten
des Ernährungsbedarfs für einen Mann, für eine aus
Mann und Frau sowie für eine aus Mann, Frau und
einem 7—12jährigen Kinde bestehende Familie zu folgen-
dem Ergebnis: Die wöchentlichen Kosten des Ernährungs-
minimums auf dem Kopfe des erwachsenen Mannes stellten
sich im Juni dieses Jahres wöchentlich auf 67,76 Mark
gegenüber 70,12 Mk. im vorhergehenden Monat. Mann
und Frau brauchten für das Ernährungsminimum wöch-
entlich 114,94 Mk., beim Vorhandensein eines Kindes von
7 bis 12 Jahren erhöhte sich die erforderliche Summe auf
135,17 Mk. Davon entfielen auf den Ernährungsbedarf
aus der Rationierung für den Mann allein 23,73 Mk.,
auf Waren aus dem freien Handel 35,14 Mark, aus
nicht öffentlichem Verkauf 8,89 Mk. für ein Ehepaar aus
der Rationierung 47,46 Mk., aus dem freien Handel 53,27
Mk., aus nicht öffentlichem Verkauf 14,21 Mk. Für einen
dreiköpfigen Haushalt — Kind 7—12 Jahre alt — er-
höhen sich diese Beträge auf 71,19 Mark aus der
Rationierung und 55,09 Mk. aus dem freien Handel.
In Prozenten ausgedrückt werden 52,7 vom Hundert des
Mindestbedarfs aus der Rationierung bestritten, 40,7 vom
Hundert aus dem freien Handel und 6,6 vom Hundert
aus nicht öffentlichem Verkauf.

**Die Beschaffung des einmaligen Fern-
sprechbeitrages.** Zu der kürzlich verbreiteten Nachricht
über eine Erleichterung der Beschaffung des einmaligen
Fernsprechbeitrages teilt das Reichspostministerium noch
u. a. mit: Der Beitrag ist, wenn der Teilnehmer ihn nicht
in einer Summe bezahlen will, in vier vierteljährlichen
Teilzahlungen zu entrichten. Die Dinge von Kriegs-
anleihen oder anderen Wertpapieren an Zahlungsstatt ist
nicht zugelassen. Auf Antrag der Teilnehmer können, wenn
ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, auch geringere Teil-
zahlungen gemährt werden; der niedrigste Betrag ist 100
Mark für einen Hauptanschluß und 50 Mark für einen
Nebenanschluß. Die Zinsen werden den Teilnehmern in
der letzten Hälfte des März jedes Jahres vergütet. Eine
Aufrechnung gegen die fälligen Gebühren ist nicht in
Ausicht genommen. Die Zinsbeträge unterliegen der
Kapitalertragssteuer, soweit nicht nach § 3 des Kapital-
ertragssteuergesetzes Befreiung eintritt. Nach der Voll-
zahlung des Beitrags erhält der Teilnehmer einen Emp-
fangschein. Dieser hat nicht die Eigenschaften einer auf
den Inhaber lautenden Schuldverschreibung. Will daher
der Teilnehmer seine Forderung gegen die Telegraphen-
verwaltung einem Dritten abtreten, so genügt es nicht,
wenn er ihn nur den Empfangschein übergibt; die Ab-
tretung muß vielmehr in rechtsgültiger Form der Tele-
graphenverwaltung mitgeteilt werden. Will ein Teilnehmer
den Beitrag nicht selbst entrichten, auch die deutsche Volks-
versicherung nicht in Anspruch nehmen, ist aber eine Bank,
Sparkasse usw. bereit, ihm das Geld gegen Übertragung
der Forderung vorzusprechen, so muß das bei der Ein-
zahlung zum Ausdruck gebracht werden. Der Beitrag
wird nebst den fälligen Zinsen am Schlusse des Kalender-
vierteljahrs zurückgezahlt, in dem der Anschluß aufgehoben
wird. Zu der Beschaffung des einmaligen Beitrags von

der Deutschen Volksversicherung wird noch folgendes be-
merkt: Die Erleichterung soll den Teilnehmern zu gute
kommen, welche den Beitrag nicht selbst oder durch Spar-
lassen oder sonstige leihweise aufbringen können oder welche
die Mittel ihrem Betriebe nicht entziehen wollen. Das
Geld wird zunächst auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt.
Der Teilnehmer hat die Möglichkeit zu Beginn jedes
vierteljährlichen den Vertrag mit der Deutschen Volksver-
sicherung zu lösen, indem er selbst den Betrag zahlt. Er
hat dies 14 Tage vorher seiner Vermittlungsstelle mit-
zuteilen. Die Zahl der Ründigungen von Fernsprechan-
schlüssen aus Anlaß der Gebührenerhöhung ist übrigens
nicht so groß, wie ursprünglich getündigt wurde. Es
sind nur 7 v. H. der Sprechstellen getündigt worden.
Sehr viele Ründigungen, stellenweise 1/2, sind wieder zu-
rückgenommen worden.

Feina und Altmorschen. Unsere Gemeinde hat
den Anschluß an die Stromleitung des Eddertalwerkes
beschlossen. Die Kosten von 60000 Mk. sind durch Holz-
verkäufe aus dem Gemeindegeld sichergestellt.

Witzenhausen. Im nahe Berge stellten sich drei
spielende Kinder, um einen mit langen Tannen beladenen
Wagen passieren zu lassen, an eine Gartenmauer. Sie
wurden dabei von den Tannen getroffen. Während zwei
mit Hautabschürfungen und dem Schrecken davontamen,
liegt das dritte mit einer schweren Kopfverletzung in be-
denklichem Zustande darnieder.

Cassell. Zu Unruhe-Szenen kam es am Montag
nachmittag und abend in der Altstadt. Der Händler
Trube hatte nach einem Wortwechsel mit der Frau eines
Maurers einen Gewehrerschuß abgegeben. Die Sicherheits-
polizei beschlagnahmte darauf des Gewehr. Kurz darauf
ging der Händler tätlich gegen die Maurersfrau vor. Als
Trube verhaftet werden sollte, leistete er heftigen Wider-
stand. Es mußte Verhaftung von der nahe Wache her-
beigeholt werden. Sofort sammelte sich eine große
Menschenmenge an, die unter Drohungen Stellung gegen
die Sicherheitspolizei nahm. Es bedurfte erster Warti-
ungen, um dem Transport des Gefangenen sicherzustellen.
Bis in die späten Nachstunden waren zahlreiche Leute ver-
sammelt und stießen Drohungen gegen die Polizei aus.

Arbeiter-Turnverein „Jahn“

Sonnabend, den 31. Juli, abends 9 Uhr

Monatsversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt-
gegeben.
Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Kaufe noch einige Zentner

Heidelbeeren

Brauns, Neustadt.

Eine gutehaltene

Kinderbettstelle

und eine

Wiege

steht zum Verkauf.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Geizbarer.

Arbeitsraum

zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesang- Verein



Lieder- tafel

Die für vergangene Sonnabend angelegte General-
versammlung findet am

Sonnabend, den 31. Juli

abends 9 Uhr statt. Die Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekanntgegeben.

Anschließend findet Gesangstunde statt.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Die deutsche Neutralität.

Verhärtung des Grenzschutzes und Bildung von Einwohnerwehroretzen.

Je näher die bolschewistischen Truppen an die völkerechtliche Grenze vorrücken, desto schwieriger gestaltet sich die Lage, in die Deutschland durch den russisch-polnischen Konflikt gerät. Einmal besteht die Gefahr, daß die beschlagenden polnischen Truppen auf ihrer Fahrt vor den nachdrängenden Sowjettruppen die Grenze überschreiten und den Krieg in deutsches Land hineintragen. Dagegen hat die Reichsregierung sofort die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen.

Durch die Erklärung des Reichspräsidenten vom 20. ds. Mts. hat Deutschland in dem Kampfe zwischen Rußland und Polen seine Neutralität feierlich verkündet. Keiner der kämpfenden Teile darf infolgedessen sein Gebiet betreten. Um die Grenze gegen den Uebertritt fremder Truppen zu verteidigen, hat die deutsche Regierung außerdem den Grenzschutz durch Reichswehrtruppen verstärkt und zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bevölkerung Wehroretze einwohnerwehroretze gebildet.

Die deutsche Grenzschutzmaßnahmen in Paris.

Diese Schutzmaßnahmen rufen aber im Widerspruch mit den Entlassungs-Verhandlungen in Spa; die Reichsregierung hat aber der Entente in einer besonderen Note von Spa Schutzmaßnahmen Mitteilung gemacht und gleichzeitig die Notwendigkeit betont, die anderen Grenzen der Abkommensgebiete durch deutsche Truppen schützen zu lassen, da diese neutral sind. Die französischen Abkommensgebiete, die im Kriege im Ausland haben, die Bolschewisten angreifen und den Krieg auf deutschen Boden tragen werden. Eine Antwort der Alliierten liegt bis jetzt noch nicht vor.

Die Alliierten schicken Kommissionen nach Polen.

Da jedoch die Lage zu schnellen Entschlüssen drängt, hat der deutsche Geschäftsträger in Paris den französischen Ministerpräsidenten erneut auf die Gefahr aufmerksam gemacht, in die Deutschland durch den Vormarsch der russischen Truppen geraten würde. Millerand hat Dr. Mayer geantwortet, daß die Alliierten zwei Kommissionen nach Polen schicken und daß er sich über die Lage nicht eher aussprechen könne, bevor er nicht einen Bericht dieser Kommissionen in Händen habe.

Es handelt sich um zwei Kommissionen, eine französische, bestehend aus dem französischen Volschütz in Washington, General, dem Generalstabchef des Marschalls Foch, sowie dem Volschützern Wilson vom Kabinett Millerand, sowie eine englische Mission, bestehend aus dem englischen Volschützern in Berlin, Lord d'Albion, dem General Madeliff und Sir Maurice Santel, dem Leiter des polnischen Sekretariats Lord Georges. Beide Kommissionen haben Paris verlassen und sich zur Prüfung der Lage nach Polen begeben. Bis ein Bericht dieser Kommissionen in Paris und London eintrifft, kann immer noch gemeinsame Zeit vergehen. Inzwischen könnten sich aber an der ostpreussischen Grenze allerdand Schwierigkeiten ergeben haben. Es ist daher anzunehmen, daß man deutscherseits die Antwort der Entente gar nicht abwarten und selbst handeln wird, um Leben und Eigentum der Grenzbevölkerung zu schützen.

Die Durchmarschforderung der Alliierten.

Neben der Verpflichtung, seine Grenzen gegen den Uebertritt fremder Truppen zu schützen, hat Deutschland durch die Neutralitätserklärung eine zu weit schwebende Verpflichtung übernommen, eine zu weit jeder einseitig begünstigenden Handlung enthalten. Nach französischen Pressemedungen soll nun der Oberste Rat die Mobilisierung von 10 Divisionen für Polen beschließen haben, die französische Regierung in Uebereinstimmung mit den anderen Alliierten die Kriegsbereitschaft eines Teiles des französischen Heeres angeordnet und das englische Kriegsministerium die Einberufung der Mannschaften für die 1. und 2. territoriale Armeekorps verfügt haben. Berlin wird aus Paris gemeldet, daß das Verlangen der Alliierten, die Hilfstruppen für Polen durch die deutsche Gebiete zu transportieren, an die deutsche Regierung abgegangen sei. Außerdem soll das noch in großen Mengen in Ostdeutschland lagernde deutsche Kriegsmaterial den Polen zur Verfügung gestellt werden.

Sowohl gegen die Durchmarschforderung wie gegen die geforderte Auslieferung des Kriegsmaterials an Polen wird die deutsche Regierung ganz entschieden Einspruch erheben. Die Auslieferung des Kriegsmaterials an Polen widerspricht den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, der klar und deutlich die Zerstörung und Unbrauchbarmachung der Waffen und des Materials forderte. Die Erfüllung der Durchmarschforderung aber wäre eine Neutralitätsverletzung, zu der sich die deutsche Regierung niemals bereit finden läßt. Auch haben England und Frankreich genügend Schiffraum zur Verfügung, um den Polen auf dem Wege über die Ostsee ihre Hilfe zuzuführen. Bisher ist die Durchmarschforderung noch nicht gestellt worden und ist wohl auch nicht mehr zu erwarten, denn die militärische Hilfe der Entente für Polen käme doch zu spät. Die Entscheidung vor den Toren Warschaws dürfte bis zum Eintreffen der alliierten Hilfstruppen schon längst gefallen sein.

Die Provinz Ostpreußen wird jedoch auch dann immer noch gefährdet, wenn Deutschland nicht infindig gesetzt wird, durch militärische Gegenmaßnahmen sein Gebiet zu schützen und Neutralitätsverletzungen zu verhindern. So schwer der Entente die Zustimmung zur Verstärkung der deutschen Truppen an den Grenzen fallen mag, nachdem man erst vor einigen Tagen in Spa über die Entlassung Deutschlands eine Erklärung erzielte hatte, wird sie sich auf die Dauer der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht verweigern können.

Vor der Entscheidungsschlacht.

Die rote Armee vor Warschau.

Wie aus Warschau gemeldet wird, sind zwanzig frische bolschewistische Divisionen herangeführt worden und sind an der Offensive im Norden zwischen Suwalki und Augustowo beteiligt. In Kürze soll eine Entscheidungsschlacht stattfinden. Die weiter gemeldet wird, bereiten die Polen die Räumung von Warschau vor. Nach Pariser Meldungen steht die rote Armee bereits vor Warschau. Der „Matin“ erklärte, wenn diese Nachricht sich bestätigte, dann begimme der Vormarsch auf rein polnischem Gebiete, was das Eingreifen der Verbündeten zur Folge haben könnte. Warschau liegt ungefähr 180 Kilometer nördlich von Warschau und etwa 105 Kilometer von der ostpreussischen Grenze entfernt.

Geschütznatter an der ostpreussischen Grenze.

Bereits seit einigen Tagen toben heftige Kämpfe südlich und westlich Grodno. Die polnischen Truppen, die sich zwischen Augustowo und Suwalki zu neuem Widerstand konzentriert hatten, erlangen vorübergehend kleine Erfolge und fliehen bis zu den Lipawenforten von Grodno vor. Bald jedoch wurden sie durch einen Gegenangriff neuangestellter russischer Formationen überannt und in die Flucht geschlagen. Außerdem war es russischer Kavallerie gelungen, in die Platte der polnischen Truppen zu gelangen und sie zum Rückzug nach Süden zu zwingen. Augustowo und Suwalki sind von den Polen geräumt. Die beiden Orte liegen aber noch nicht im unmittelbaren Kampfgebiet. Die Kampffront liegt derzeit etwa 60 Kilometer von der ostpreussischen Grenze entfernt. Bei Wargrabowa und Lyd kann man von Zeit zu Zeit den Geschütznatter deutlich vernehmen. Einzelne polnische Marschverbände wurden, wie es heißt, in der Gegend von Filibow nahe von Goldap gesichtet. Wie berichtet wird, ist derzeit ein Kampf in den Wäldern von Augustowo entbrannt.

Räumung Warschaus?

„Chicago Tribune“ erklärt, daß die Räumung Warschaus durch die Zivilbevölkerung bereits begonnen habe. Die fremden Missionen bereiten sich ebenfalls vor, die Stadt zu verlassen. Die amerikanische Mission erwartet in Danzig die Ankunft des Dampfers „Sachontas“, der sie nach den Vereinigten Staaten zurückbringen soll.

Polen bittet um Waffenruhe.

Wie dem „Hamburger Fremdenblatt“ aus Warschau gemeldet wird, ist dort ein Funkpruch aus Moskau eingetroffen. Die Bolschewisten lehnten darin die Vermittlung von dritter Seite ab und verlangten direkte Verhandlungen mit der polnischen Regierung. Nach Eingang dieses bedeutungsvollen Funkpruches trat der Verteidigungsrat sofort zusammen. In erster Linie wurde beschloffen, ein Ministerium der nationalen Verteidigung zu schaffen. An diesem werden alle Parteien beteiligt sein. Gleichzeitig wurde ein Funkpruch formuliert, in dem sich die neugebildete Regierung im Namen Polens an die Räteregierung mit der Bitte um Waffenruhe wendet. Zum Minister des Äußeren soll ein Sozialist ernannt werden. Die Bestätigung dieser Ernennung durch Pilsudski wird eine Wendung der Politik bedeuten und kann den Bolschewisten, wenn sie wirklich verhandeln wollen, ihren Entschluß nur erleichtern.

Grodno als Verhandlungsort.

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß Polen ein offizielles Waffenstillstandsangebot an Sowjetrußland gemacht hat. Grodno ist als Verhandlungsort vorgeschlagen worden.

Rumänisches Ultimatum an Rußland.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Bukarest hat ein Kronrat stattgefunden, dem der König und die Minister anwohnten, und in dem Maßnahmen gegen den Einmarsch der Sowjettruppen in Bessarabien besprochen wurden. Die rumänische Regierung richtete nach Moskau einen Protest wegen des Einmarsches der roten Truppen. Zugleich wurde auch beim Obersten Rat der Alliierten Einspruch erhoben. Die rumänische Regierung wird diesem Protest nach Moskau ein Ultimatum folgen lassen, in dem sie die sofortige Zurückziehung der Sowjettruppen verlangt.

Politische Rundschau.

— Berlin, 23. Juli 1920

— Im St. Paul findet in Vologda eine Deklarationskonferenz des Altan-Vereins über den Tod des Andrejewitsch statt. Mitlungnahme der Vergewaltiger zu dem Schloß abkommen von Spa.

— Die bolschewistische Sicherheitskommission hat eine „Berichtskommission“ gegen den General Dattin, den belgischen Oberkommissar für die Bezirke Eupen und Malmedy, aufgestellt. Ungefähr zwanzig Deutsche sind verhaftet worden.

— Der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Haack wird bei der bevorstehenden Umbildung der badischen Regierung, der er als Staatsrat angehört, von seinem Amte zurücktreten.

— Die enghaltige Regierung beschäftigt, angelehnt an die günstigen Einwirkung der Fleischwirtschaft und der glänzenden Kartoffelernte, die Zwangsbevirtschaftung für Fleisch und Kartoffeln aufzugeben.

— Von den Kreisverordneten in Saargebiet hielt Dr. Weimann am 20. ds. Mts. die Deutsche Volkspartei ein. Die Deutsche Volkspartei erzielte 2 Sitze, die Demokraten 1 Sitz, die Wehrvereinspartei 1 Sitz, die Unabhängigen 8 Sitze und das Zentrum 16 Sitze.

Die Abstimmung über das Protektorat.

In Spa haben bei der Abstimmung über das Protektorat unter Würdigung der Schwere des Gewerkschaften und der Industrie in seiner Einmütigkeit gegen die Annahme des Protektorats gestimmt, dem „Reichsminister Dr. Meißner, Geheimrat Rathenau, Dr. Meißner, Professor Bonn da für.

Die Ernährungsfrage der Bergarbeiter. Reichsregierungsministerium ist am Freitag die landliche Verwaltung mit dem Bergarbeiterverband über die Herbeiführung einer besseren Ernährungsfrage verhandelt worden. Den Vorsitz führte der Reichsminister Dr. Hermes. Das Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Dr. ... Die Bergarbeiterinteressen, sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, aus dem Steinbohlen und Braunkohlegebiet sind in großer Zahl erschienen. Auf der Arbeitnehmerseite sind sämtliche Bergarbeitervereine vertreten. Von hervorragenden Bergarbeitervertretern anwesend: Stinnes, Hie, Ambusch, Sachse u. a. Der Reichsminister wurde förmlich in die Verhandlung getreten, die sich zunächst mit der Beratung der Verbesserung des Brotes und der Frage der Beschaffung von Fleischwaren befaßte.

Abzug der Amerikaner aus Koblenz. Transport von 608 Amerikanern verläßt in Koblenz. Am Rhein erzählt man sich, die gesamte amerikanische Garnison werde den Rückzug von Koblenz bis Mitte August verlassen haben.

Die unerwünschte französische Gesandtschaft. Die unerwünschte französische Gesandtschaft, mit der französischen Politik gegenüber Bayern in der Ernennung eines eigenen Gesandten in München zum Ausdruck kommt. Das Blatt weist darauf hin, daß bereits im Landtag dem französischen Gesandten der freundliche Rat erteilt worden sei, lieber als morgens seine Koffer zu packen und nach Hause zu verschwinden, wie er gekommen sei. Bayern und die Reichsregierung seien in der Absicht, einen französischen Gesandten in München einig. Bisher habe ein französischer Gesandter in München und Frankfurt erwartet, die von beiden aber habe sich Frankreich selbst das Recht erworben, das kümmerliche Missionsfranzosenfranzösischer Gesandte in Deutschland endgültig erteilt zu haben.

Polen verlangt das rechte Reichsgebiet. Ein paar Dörfern am rechten Weichselufer hat sich bei der Abstimmung in Westpreußen eine polnische Forderung ergeben. Darauf und auf die Bestimmung des Friedensvertrages, die Polen die Weichselufer der Provinz überträgt, stützt, wie verlautet, die polnische Regierung ihre dem Obersten Rat überreichte Forderung der Abtretung jener Dörfer und eines 50 Meilen breiten Streifens am ganzen rechten Weichselufer entlang. Dieser Tage fand nun im ganzen Reichsgebiet eine Massenversammlung der Bevölkerung statt, um gegen die von den Polen erhobene Forderung auf Unterstützung dieses Landstreifens an Polen Protest zu erheben. Es wurde eine Erklärung angenommen, die von 4000 Frauen und Männern unterzeichnet ist und in der es heißt:

Die wirtschaftliche und geographische Lage der am Weichselufer gelegenen Gemeinden bezieht die gemeinsame Ausübung einzelner Gemeinden des Grenzgebietes wirtschaftlichen Zusammenhang und bestmögliche Wirtschaft. Einig mit dem gesamten westpreussischen Abstammungsgebiete erklären die am 23. ds. Mts. versammelten Bewohner der Weichselufer, daß sie auch die kleinste Gebietsabtretung an Polen als eine Verewaltigung des von den alliierten und assoziierten Mächten feierlich verkündeten Schlußbestimmungsrechtes der Völker und als eine Verletzung des Geistes des Friedensvertrages von Versailles ansehen werden.

Internierung Bela Rhuns in Aldam. Die österreichische Regierung hat der deutschen Regierung durch die österreichische Gesandtschaft in Berlin mitteilen lassen, daß sie sich weigert, den Kriegsgefangenen-Transport über die deutsche ostpreussische Grenze zurückzulassen. Die österreichische Regierung ist die Rücküberführung des Transportes vorläufig eingestellt und sind die Kriegsgefangenen in Wien nebst den politischen Personen, die dem Transport angegeschlossen worden waren, im Gefangenenlager Aldam bei Stettin untergebracht worden. Dort werden die russischen Gefangenen genau festgehalten. Der Transport nach Rußland steht dann nichts mehr im Wege. Dagegen werden Bela Rhun und Genossen deren Wiederaufnahme von Österreich wegen nicht werden ist, zunächst interniert. Was mit ihnen geschehen wird, ist noch nicht bekannt. Wie verlautet, hat die ungarische Gesandte in Berlin angekündigt, die österreichische Regierung von Deutschland die Auslieferung Bela Rhuns verlangen werde. Eine schriftliche Note mit dem Auslieferungsgesuchen ist jedoch noch nicht überreicht worden.

Die Frau im öffentlichen Leben. Eine Ministerium für Volkswirtschaft wurde Frau Selene Weiser vom sächsischen Lyzeum III in Köln zum Ministerialrat und Frau Meta Kraus-Hoffel zum Regierungsrat ernannt. Frau Weiser hat die Frauenreferat für die sozialen Frauenhochschulen, die Frauenreferat für die Schulpflege, Frau Kraus-Hoffel das Referat für die Kriegshilfsarbeiten- und Gefangenenfürsorge inne. Durch die Ernennungen wird mehr die Gleichberechtigung der Frauenmitglieder im öffentlichen Leben zum Ausdruck gebracht.

Die obersteinstliche Sicherheitspolizei. Der Reichstag der obersteinstliche Sicherheitspolizei hat sich auf Grund der sich vielfach wiederholenden Anschläge auf Unflucht. Von einem Mitglied der obersten Interalliierten Kommission ist nun mitgeteilt worden, daß es sich um eine sofortige Entfernung der Sicherheitspolizei keinesfalls handeln könne. Solange eine neue neue System vorläufig nicht ausgearbeitet und auf ihrem Boden ist, bleiben die bisherigen Beamten auf ihrem Posten. Die neue Wehr soll übrigens die strenge zur Hälfte aus deutschen und polnischen

Die **gute** Ware liefert Höhl : Etagengeschäft in Cassel, große Rosenstr. 12

Zur jetzigen Aussaat empfehle:

Scrabella
 Incarnatflee
 Herbst- oder Stoppelrüben
 Spinat
 Mörschen
 Kopfsalat
 Weißkraut
 Rotkraut
 Wirsing

Georg Pasche,
 Gartenbau- und Samenhandlung.



Uhren

aller Art mit Präzisionswerte in hochfeiner Ausstattung in großer Auswahl. Bei Einkauf von

Gold- u. Silberwaren sowie Uhren- u. Reparaturen wende man sich gefl. an **Phil. Friedmann** Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt.

Buchdruckerei
HUGO MUNZER
 Fernruf 27 Rathausstr. 141. Fernruf 27

Anfertigung von
DRUCKSACHEN
 FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE
 in sauberer und geschmackvoller Ausführung zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberg-Zeitung

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen Ortsgruppe Spangenberg u. Umgegend.
 Sonntag, den 1. August 1920, mittags 1 Uhr findet die 2. diesjährige **Generalversammlung** in der Gastwirtschaft „Zum Hindenburg“ statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen. Vollzähliges Erscheinen erwartet
 Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem schweren Leiden verschied heute Abend 6 Uhr meine liebe Mutter und Schwiegermutter, unsere gute, treusorgende Großmutter, Witwe

Elise Ackermann
 geb. Holfstein
 im Alter von 67 Jahren.

In tiefer Trauer:
Karl Hüge u. Frau
 Gertrud, geb. Ackermann
Heinrich u. Elisabeth Hüge.

Mausfeld, den 26. Juli 1920.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. Juli um 1 Uhr statt.

Suche für sofort ein **tüchtiges Mädchen**
 Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

J. Ziegler's
 Privat-Handelsschule
 CASSEL, Kölnischestraße 8
 Fernsprecher 2590
 Gegründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Laek-schrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.
 Lehrplan umsonst.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden, sowie dem Herrn Metropolitan Schmitt für die teilnehmenden Trostworte unseren herzlichsten Dank.

Sanitätsrat Israëli und Töchter.

Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen
 (Ortsgruppe Spangenberg)
Monatsversammlung
 am Sonntag, den 1. August nachm. 2 Uhr im Markteller. Der Geschäftsführer der Landesverbandsstelle Cassel hält einen Vortrag über das neue Reichsverordnungs-gesetz. Es ist deshalb das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.
 Der Vorstand, Brede.

Kaufe jeden Posten
Buchen-Brennholz
 Dietrich Wenzel, Elbersdorf.

Turn-Verein

„Frohe Mut“

Heute — Mittwoch — und Freitag, den 5. Mts.
 8 1/2 Uhr abends: Turustunde.
 Sonnabend, den 31. d. Mts., 9 Uhr abends: **ausserordentliche Generalversammlung.**
 U. a.: Besprechung über das geplante Spangenberg-Jugendfest.
 Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Gut Heil!
 Der Vorstand.

Hessischer Bankverein.
 Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.	Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.	Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlorster Wertpapiere. Übernahme von Vermögensverwaltungen.
--	---	---

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.